

**Information zu der Verarbeitung
„AGE Ausstattung“
gemäß Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)**

Namen und die Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Landespolizeidirektion Wien
Schottenring 7-9
1010 Wien
Telefon: +43 1 31310-0
E-Mail: LPD-W@polizei.gv.at

Kontakt Daten des Datenschutzbeauftragten:

Herrengasse 7, 1010 Wien
Telefon: +43 1 53126-0
E-Mail: lpd-datenschutzbeauftragter@polizei.gv.at

Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden:

Evidenz der technischen Ausstattung der Amtsgebäude im Behördenbereich (techn. Infrastruktur) und der an Mitarbeiter persönlich zugewiesenen Ausstattung zum Zweck der effizienten Ressourcenverwaltung und Gewährleistung des Dienstbetriebes und der Einsatzbereitschaft

Rechtsgrundlage der Verarbeitung:

Bundeshaushaltsgesetzes 2013 (BHG 2013); Bundesvermögensverwaltungsverordnung 2013 (BVV 2013); Bundeshaushaltsverordnung 2013 (BHV 2013), BDG (Ausstattung von Bediensteten mit Hilfsmitteln); § 103 KFZ (Lenkerauskunft)

Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden:

Die evident gehaltenen Daten werden mit Beendigung des Dienstverhältnisses und Abfuhr der Ausrüstungsgegenstände beziehungsweise 7 Jahre nach Ausscheidung des Inventargegenstandes gelöscht (§ 60 BDG; § 4, § 11 BVV 2013). Daten im Zusammenhang mit der Verwendung von Dienstkraftfahrzeugen 5 Jahre nach Verwendung des Dienstkraftfahrzeuges beziehungsweise Abwicklung eines Schadensfalles (§§ 13, 13a SPG i.V.m. geltenden Skartierungsvorschrift der Landespolizeidirektion).

Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

Verwaltungsstrafbehörden, Bundesminister für Inneres;
Auftragsverarbeiter iSd § 36 Abs. 2 Z 9 Datenschutzgesetz;
Bundesminister für Inneres, IBM Österreich - Internationale Büromaschinen Gesellschaft m.b.H.;
Microsoft Österreich GmbH; Bundesrechenzentrum GmbH.

Rechte der betroffenen Person:

Ein Beschwerderecht bei der österreichischen Datenschutzbehörde (1030 Wien, Barichgasse 40-42, Telefon: +43 1 52 152-0, E-Mail: dsb@dsb.gv.at) besteht nach Maßgabe des § 24 Abs. 1 DSG.

Das Auskunftsrecht besteht nach Maßgabe des Art. 15 DSGVO.

Das Recht auf Berichtigung besteht nach Maßgabe des Art. 16 DSGVO.

Das Recht auf Löschung besteht nach Maßgabe des Art. 17 DSGVO.

Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) bzw das Recht auf Widerspruch (Art 21 DSGVO) ist nach Maßgabe des § 280b Beamten-Dienstrechtsgesetz be-schränkt.